

Shutdown, Hoffnung für die „Dreamer“ und Strafzölle für Waschmaschinen

Zusammenfassung der U.S. Berichterstattung vom 22. bis zum 26. Januar 2018

(ts) Die vierte Januarwoche brachte turbulente Tage für die U.S.-amerikanische Politik mit sich. Die Regierung musste die Last des in der vorangegangenen Woche begonnenen Shutdowns schultern, die Trump-Administration zeigte erstmals die Bereitschaft, jungen, undokumentierten Immigranten einen legalen Aufenthaltsstatus zu ermöglichen, und schließlich wurde deutlich, dass selbst Waschmaschinen nicht davon ausgeschlossen sind, unter den Einfluss von Trumps „America first“-Strategie zu geraten.

Pünktlich zum ersten Jahrestag von Trumps Amtseinführung begann am 20. Januar der erste „Shutdown“ seiner Präsidentschaft. Wie bereits 2013 unter Präsident Obama war es dem Kongress nicht bis zur festgelegten Frist gelungen, sich auf einen Plan zur Zwischenfinanzierung des Staatshaushaltes zu einigen. Die U.S.-Verfassung sieht vor, dass der Staatskasse kein Geld entnommen werden darf, wenn keine Zustimmung durch die Regierung vorliegt. Deshalb kam es zur Stilllegung aller nicht akut benötigten Behörden und Einrichtungen. Wie die *New York Times* schrieb, setzten staatliche Institutionen zum Schutz „menschlichen Lebens und Eigentums“, wie die Überwachung des Flugverkehrs, ihre Arbeit fort. Hunderttausende Angestellte in Bereichen wie Umweltschutz, Handel und Bildung wurden jedoch während des Shutdowns in einen unbezahlten Zwangsurlaub geschickt. Am Montag durfte landesweit wieder aufgeatmet werden: Senat und Repräsentantenhaus einigten sich auf eine Zwischenlösung für die Bewältigung der Schuldenberge und beendeten somit den 69 Stunden andauernden Shutdown, welchen die *New York Times* als „hässliche, wenn auch kurzlebige Sackgasse“ bezeichnete. Die Demokraten, die sich zuvor gegen die vorgeschlagene Übergangslösung gestemmt hatten, gaben nach rund drei Tagen ihre Zustimmung, wenn auch nur widerwillig. Die *Washington Post* berichtete, die Abstimmung habe „tiefe Risse“ innerhalb der demokratischen Partei offenbart. Etwa ein Drittel der

Demokraten und „eine Mehrheit im Repräsentantenhaus“ hätten weiterhin gegen den Vorschlag gestimmt.

Eine wichtige Rolle darin, die benötigte Zustimmung der Demokraten zu gewinnen, spielte laut *New York Times* auch das Versprechen des republikanischen Senators Mitch McConnell, Abstimmungen über die Immigrationspolitik zuzulassen, insbesondere im Hinblick auf die sogenannten „Dreamer“. Als „Träumer“ werden die etwa 1,8 Millionen Immigranten bezeichnet, die als Kinder illegal in die Vereinigten Staaten gebracht wurden und bis heute keine Aufenthaltsgenehmigung oder Staatsbürgerschaft haben. Ihren Namen erhielten die Dreamer vom DREAM-Act, einem 2001 gescheiterten Gesetzentwurf, der Immigranten, die bei der Einreise minderjährig waren, eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung gewähren sollte. Bis September 2017 standen die Dreamer unter dem Schutz der 2012 von Obama initiierten DACA-Regelung. Diese ermöglichte einen legalen Aufenthalt für zwei Jahre und eine Arbeitserlaubnis. Donald Trump schaffte diese Regelung mit der Aufforderung an den Kongress ab, an einer neuen Lösung zu arbeiten. Nun scheint es, als wäre die Trump-Administration bereit, einige Schritte auf die jungen Immigranten zuzugehen. Die Antwort auf McConnells Versprechen ließ nicht lange auf sich warten: Am Donnerstag legte das Weiße Haus dem Kongress einen Gesetzentwurf vor, der der *Los Angeles Times* zufolge den Dreamers „den Weg zur Staatsbürgerschaft“ ebnen soll. „Sagt ihnen, sie sollen sich keine Sorgen machen. Wir werden das Problem lösen“, äußerte sich Trump im Hinblick auf die jungen Immigranten, von denen viele jeden Tag mit der Angst leben, in ihr Herkunftsland abgeschoben zu werden. Die *Los Angeles Times* berichtete, Trump wolle „ein Gesetz, dass den jungen Einwanderern einen legalen Aufenthaltsstatus und einen [...] Weg, die Staatsbürgerschaft in 10 bis 12 Jahren zu erreichen“ ermögliche. Doch Trumps Zugeständnisse haben ihren Preis: 25 Milliarden U.S.-Dollar verlangt das Weiße Haus laut *Washington Times* im Gegenzug, um verstärkte Grenzkontrollen durchführen zu können und den Bau der angekündigten Mauer an der U.S.-mexikanischen Grenze zu finanzieren.

Trump nutzte die Woche außerdem, um unter Beweis zu stellen, dass er nach wie vor konsequent an seiner „America first“-Strategie festhält. Am Montag stimmte er einem Vorschlag der Internationalen Handelskommission der Vereinigten Staaten zu, Strafzölle für importierte Solaranlagen und Waschmaschinen zu verhängen. Künftig sollen die Zölle für Solaranlagen bis zu 30% und für Waschmaschinen sogar bis zu 50% betragen. Das Ziel dieser etwas skurril anmutenden Entscheidung ist laut Robert Lighthizer, dem Handelsbeauftragten

im U.S.-Kabinett, „amerikanische Arbeiter [...] und Unternehmen zu schützen“, so die *New York Times*. Der Import von asiatischen Billigprodukten soll verhindert und die amerikanische Produktion angekurbelt werden. Doch außerhalb des Kreises der Trump-Anhänger wurde die neue Regelung allenfalls mit gemischten Gefühlen begrüßt. Laut *New York Times* befürchten U.S.-Solaranlagenhersteller einen starken Preisanstieg ihrer Produkte. Dieser führe unweigerlich dazu, dass „die Nachfrage nach erneuerbaren Energien beschädigt“ werde. Ben Sasse, ein republikanischer Politiker aus Nebraska, forderte seine Partei dazu auf, zu erkennen, dass „Strafzölle Steuern für die Konsumenten“ und nicht etwa für große Unternehmen seien. Auch international stießen die Zölle auf Unmut. Die *New York Times* berichtete, China habe den USA vorgeworfen, „den multilateralen Handel zu gefährden“, während Mexiko die neue Regelung als „bedauerlich“ bezeichnet habe. Für die Trump-Administration stellen die Strafzölle für Waschmaschinen und Solarzellen eine weitere Etappe in ihrem Handelskrieg und der Etablierung von „America first“ dar.

Quellen:

www.latimes.com

www.nytimes.com

www.washingtonpost.com